

## **Positionspapier zur Bundestagswahl 2025**

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Der Ukrainekrieg und die sich dadurch verändernde sicherheitspolitische Lage in Europa, die Flüchtlingspolitik, die Klimakrise sowie eine schwächelnde Wirtschaft sind nur einige der drängenden Themen. Darüber hinaus haben wir die zunehmende Herausforderung, dass das Vertrauen in unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat sinkt.

Als CDU sehen wir es als unsere Verantwortung, die Herausforderungen zu lösen, das Vertrauen in die Demokratie wieder aufzubauen und eine stabile Regierung zu führen.

Denn gerade in Zeiten der Unsicherheit und der Veränderung braucht es eine Regierung, die die großen Fragen nicht nur diskutiert, sondern auch löst – eine Regierung, die entschlossen und handlungsfähig ist. In diesen herausfordernden Zeiten zeigt sich, dass die CDU mehr denn je gebraucht wird.

Wir sind bereit, wieder die Regierungsverantwortung in Deutschland zu übernehmen. Wir haben die richtigen Antworten und Konzepte, um die bevorstehenden Aufgaben zu lösen. Als Partei des ländlichen Raums sind wir tief in den Gemeinden und Regionen verankert und wissen, was vor Ort wichtig ist. Wir werden die Interessen unseres Kreises engagiert und zuverlässig in Berlin vertreten. Rezession, schleppender Infrastrukturausbau, klimafreundliche Wärmeplanung, eine unzureichende Migrations- und Integrationspolitik – das erfordert Reformen sowie Lösungen, die vor Ort mit den Menschen zusammen umgesetzt werden.

Wir wollen eine Politik gestalten, die die Menschen und ihre Lebensrealitäten aktiv in die Lösungsfindung einbezieht. Es ist unser Ziel, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und mit ihnen gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Denn nur durch echte Zusammenarbeit und die enge Vernetzung mit den Menschen können wir nachhaltige und erfolgreiche Lösungen für die Zukunft unseres Landes erreichen.

### **„Wirtschaft 2.0“ – neue Impulse für unsere Wirtschaft**

Deutschland steht vor einer anhaltenden Rezession. Die Zahl der Arbeitslosigkeit in unserem Kreis ist in den letzten zehn Monaten um rund 10% gestiegen. Um diesen negativen Trend zu stoppen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, benötigen wir einen klaren Politikwechsel, der Arbeitsplätze schafft, Wohlstand sichert sowie den Betrieben langfristige Planungssicherheit gibt. Denn alle Herausforderungen, vor denen wir stehen, haben eins gemeinsam: Um sie zu lösen, braucht es Investitionen. Und das erfordert eine gesunde und florierende Wirtschaft. Deutschlands Wirtschaft ist besonders vom Mittelstand geprägt – und dieser Mittelstand muss der Kern unserer Wirtschaftspolitik sein. Es ist an der Zeit, unsere heimischen Unternehmen vor Ort zu stärken und die Rahmenbedingungen für ihren Erfolg zu verbessern. Das Wichtigste für unsere Unternehmen ist Planungssicherheit. Wir brauchen eine stabile Regierung, die Investitionen fördert und vor allem einen Turbo im Bürokratieabbau zündet. Gerade unsere klein- und mittelständischen Unternehmen im Kreis leiden besonders unter den hohen bürokratischen Auflagen. Unser Leitmotiv bleibt dabei die soziale Marktwirtschaft. Wir wollen den Unternehmerinnen und Unternehmern wieder mehr Vertrauen entgegenbringen. Gesetze und Regulierungen soll es nur dort geben, wo sie aus Gründen des Wettbewerbs-, Arbeits- und Verbraucherschutzes absolut notwendig sind. Daher werden wir einen klaren Schwerpunkt auf den Abbau von Bürokratie setzen und bestehende Gesetze auf ihre Effektivität hin überprüfen. Wir stehen daher für eine konsequente Umsetzung des Prinzips „one in two out“: Für jedes neue Gesetz müssen zwei bestehende Gesetze gestrichen werden. Das Lieferkettengesetz, das eine unnötige bürokratische Belastung für Unternehmen darstellt, muss abgeschafft werden. Darüber hinaus sollen Gesetze auf Erfüllung ihres Zwecks regelmäßig überprüft werden.

Unsere Wirtschaft braucht wieder neue Anreize. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, deren Leitmotiv ist, dass sich Arbeit wieder lohnt! Ein effektiver Ansatz ist die Anhebung des Grundfreibetrages der Einkommenssteuer, um vor allem Geringverdienerinnen und Geringverdiener steuerlich besserzustellen. Gleichzeitig muss das Bürgergeld als Anreiz zur Nichtarbeit abgeschafft und durch ein Sozialleistungssystem ersetzt werden, das geeignet ist, gleichzeitig die soziale Not zu lindern und den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt als Hauptziel aktiv fördert. Der Staat muss für alle da sein, die Hilfe brauchen – gezielt und mit voller Kraft. Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ muss immer gelten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Überstunden von Vollzeitbeschäftigten steuerfrei ausgezahlt werden.

Die Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor für den Standort Deutschland. Sie fördert Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Mit neuen Technologien können nicht nur Arbeitsprozesse optimiert, sondern auch neue Märkte erschlossen und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir müssen deutlich mehr in Digitalisierung und Forschung investieren, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Wir wollen alle Menschen zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien befähigen. Wir müssen Digitalisierung als Chance sehen. Regelungen zum Datenschutz sollen nicht über das von der EU gesetzte Maß hinaus getroffen werden.

Nicht zuletzt müssen wir alles daransetzen, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Dies erfordert auch, dass die Energiepreise sinken. Gerade in unserem Schleswig-Holstein, das in der Produktion erneuerbarer Energien führend ist, müssen wir es schaffen, die Energiepreise zu senken. Es passt nicht zusammen, dass das Land mit einem Selbstversorgungsgrad von 160 % die höchsten Stromkosten im Bundesschnitt hat.

Ein zentraler Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit ist auch die Schaffung eines attraktiven Standorts für Unternehmen und Investitionen in Deutschland. Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort soll EU-Recht nur im Sinne einer Mindestharmonisierung umgesetzt werden. „Voraussetzender Gehorsam“ ist hier fehl am Platz.

### **Für eine bessere Infrastruktur – Ausbau des Fährbetriebes auf dem Nord-Ostsee-Kanal und auf anderen Wasserstraßen**

Der Nord-Ostsee-Kanal ist die meistbefahrene Wasserstraße weltweit und auch für unseren Kreis prägend: 26 Gemeinden unseres Kreises liegen direkt am NOK oder werden von diesem durchtrennt. Sei es der Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf oder Ähnliches; die Querung über den Kanal spielt für viele Menschen in unserem Kreis eine entscheidende Rolle im Alltag. Immer öfter kommt es aber zu Ausfällen im Fährbetrieb. Allein von Januar bis einschließlich September 2023 sind auf der Oststrecke – also an den Fährstellen Landwehr, Sehestedt, Breiholz und Nobiskrug – knapp 321 Fahrstunden ersatzlos ausgefallen. Personalmangel, Reparaturen und Wartungsarbeiten führen dazu, dass auch weiterhin Fahrstunden ausfallen oder es lediglich eingeschränkte Fahrzeiten gibt. Dies stellt unsere Anwohnerinnen und Anwohner, landwirtschaftlichen Betriebe, Feuerwehren, Rettungsdienste und auch die ortsansässige Wirtschaft vor große Herausforderungen und Belastungen aufgrund von teilweisen langen Umwegen, die in Kauf genommen werden müssen. Der Neubau der Rader Hochbrücke sowie die Staus der ausgelösten Höhenkontrollen des Kanaltunnels verschärfen die Verkehrssituation am Nord-Ostsee-Kanal im Raum Rendsburg zusätzlich. Wir setzen uns dafür ein, dass alle bestehenden Querungen zuverlässig nutzbar sind. Langfristig benötigt der Verkehrsraum Rendsburg eine zusätzliche feste Kanalquerung, in der aufgrund der langen Planungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland eingestiegen werden soll.

Für uns ist klar: Wir wollen für unsere Anwohnerinnen und Anwohner sowie für den Wirtschaftsstandort Rendsburg und andere Wasserstraßen eine Nutzer-Zuverlässigkeit des Fährbetriebes. Wir wollen in die Anschaffung neuer Fähren technologieoffen investieren, um gleichzeitig auch den Fährbetrieb zu modernisieren sowie für die Energiewende umzurüsten. Dabei müssen wir zusätzlich das erhöhte Verkehrsaufkommen

berücksichtigen und auch möglichen weiteren Bedarf etwa durch Unternehmensansiedlung bereits abdecken, indem wir 100t-Fähren anschaffen und den dafür nötigen Umbau vorantreiben.

Der Ausbau des Fährbetriebes wird jedoch nur langfristig möglich sein. Um bereits kurzfristig jedenfalls eine Entlastung des Verkehrsaufkommens bei der Kanalquerung gewährleisten zu können, wollen wir ein dynamisches Verkehrsleitsystem in Zusammenarbeit mit der Stadt Rendsburg einführen, welches über etwaige Ausfälle oder Blockaden des Rendsburger Tunnels berichtet und über entsprechende Ausweichstellen informiert.

### **Für eine Politik, die an der Seite unserer Landwirtinnen und Landwirte steht**

Rendsburg-Eckernförde ist als ländlicher Kreis geprägt von landwirtschaftlichen Betrieben. Wir als Kreisverband verstehen eine Landwirtschaftspolitik, die unseren Landwirtinnen und Landwirten den Rücken stärkt, daher als eine unserer Kernaufgaben an. Denn diejenigen, die tagtäglich von morgens bis abends dafür arbeiten, dass wir etwas zu Essen auf dem Tisch haben, verdienen eine Politik, die sie unterstützt und ihnen die notwendige Planungssicherheit gibt!

Die Maßnahmen, die wir im Bereich der Wirtschaft zur Entbürokratisierung umsetzen wollen, müssen selbstverständlich auch für die Landwirtschaft sowie dem vor- und nachgelagerten Bereich gelten. Der bürokratische Aufwand, insbesondere die Vielzahl an Dokumentationspflichten nehmen bereits jetzt rund einen Arbeitstag pro Woche in Anspruch. Wir vertrauen unseren Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern, dass sie auch ohne überfordernde Bürokratie landwirtschaftliche Erzeugnisse nach den aktuellen Standards produzieren werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass die notwendigen Dokumentationen auch digital erfolgen und an die Behörden übermittelt werden können. Auch Doppelungen sollen durch die Digitalisierung vermieden werden, wobei die Datenhoheit immer beim Betrieb verbleiben muss.

In den letzten Jahren sind immer mehr Aufgaben auf die Landwirtschaft zugekommen. War früher die Ernährungssicherheit die primäre Aufgabe, sind mittlerweile die Energieerzeugung, der Klima- und Naturschutz und der Schutz des ländlichen Raumes weitere wichtige Aufgaben. Dies erhöht, neben Infrastrukturmaßnahmen, den Druck auf den landwirtschaftlichen Flächenmarkt. Uns ist wichtig, dass diese Themen zusammengedacht werden und gemeinsame Lösungen wirtschaftliche Perspektiven für die Betriebe bieten (z. B. Moor-PV).

Um die Landwirtschaft resilienter für die Zukunft zu machen, legen wir den Fokus auf Technologieoffenheit: Die Politik darf nicht die Betriebe und ihre Produktion aus ideologischen Gründen auf bestimmte Technologien beschränken, sondern muss gezielt, aber vor allem uneingeschränkt Projekte zur Weiterentwicklung neuer Produktionsmethoden fördern und zulassen. Beispielhaft seien das autonome Fahren von Traktoren oder die neuen Züchtungsmethoden genannt.

Wir stehen an der Seite unserer Landwirtinnen und Landwirte und werden Entscheidungen immer nur im Dialog treffen. Um die Glaubwürdigkeit solcher Prozesse zu nicht zu verlieren, müssen Entscheidungen und Kompromisse, die in langwierigen Prozessen, wie z.B. der Zukunftskommission Landwirtschaft, gefunden wurden, umgesetzt werden. EU-Regulierungen werden im Sinne der Mindestharmonisierung umgesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe in Deutschland wieder zu stärken.

### **Unseren Kommunen den Rücken stärken!**

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde besteht aus 165 Gemeinden. Von der Bauleitplanung über die Förderung von Kultur und Sport-/Freizeitanlagen bis hin zum Öffentlichen Nahverkehr sowie Jugend- und Sozialhilfe – um nur ein paar Aufgaben zu nennen – prägen unsere kommunalpolitischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger maßgeblich unseren Alltag. Wir als CDU sind die kommunale Partei – keine andere Partei

stellt so viele Gemeindevertreterinnen und Kreistagsabgeordnete, Bürgermeisterinnen, Amtsvorsteher und Amtsdirektorinnen. Wir stehen für eine Politik, die unsere Kommunen unterstützt und können durch unsere breite Basis wie keine andere Partei die Herausforderungen der kommunalen Familie auf die Bundesebene tragen. Die Ampel hat in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen, gleichwohl aber die hierfür notwendigen Gelder nicht bereitgestellt bzw. sogar gestrichen, wie zum Beispiel das Förderprogramm für Energiewende oder für „Demokratie-Projekte“. Dies stellt unsere Kommunen vor immense Belastungen und nimmt ihnen maßgebliche Handlungsspielräume. Wir stehen für eine gerechte Einnahmen- und Ausgabenverteilung, die die Bedürfnisse aller Ebenen berücksichtigt.

Für uns ist klar: Unsere Kommunen sind maßgebliche Schlüsselfaktoren im Bereich der Flüchtlingspolitik und auch des menschengemachten Klimawandels. Um für die Menschen, die ein Recht darauf haben, nach Deutschland zu kommen, ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten bereit stellen zu können; gleichzeitig aber auch der bereits bestehenden Wohnungsknappheit entgegenzusteuern, müssen wir mehr Wohnraum schaffen. Um dieser wachsenden Herausforderung der konstant hohen Zahlen der zu versorgenden und zu integrierenden Menschen und der Gesamtsituation Herr zu werden, setzen wir uns dafür ein, dass auch auf nationaler Ebene Lösungen identifiziert werden, welche dauerhaft die Kreise von diesen Kosten entlasten. Flüchtlingspolitik muss neu geordnet und gesteuert werden und das geht nur mit den Kommunen vor Ort zusammen, die die notwendigen Bedarfe am besten kennen. Wir müssen ihnen deshalb den notwendigen Handlungsspielraum geben, um die Herausforderungen vor Ort lösen zu können. Wir sind überzeugt, dass ein maßgeblicher Schlüssel zur Bewältigung der Wohnungsknappheit darin liegt, unseren Kommunen mehr Planungshoheit und Flexibilität zu geben. So wollen wir beispielsweise den § 34 und den § 35 BauGB dahingehend ändern, dass unsere Kommunen mehr Freiheiten in der kommunalen baulichen Entwicklung haben.

Gleichzeitig muss der Bund bei der Energiewende stärker mit den Kommunen zusammenarbeiten. Mit Gemeinden wie Gettorf haben wir bereits Kommunen, die beispielhaft vorangehen. Dies müssen wir als Bund stärker fördern, indem wir den Kommunen bei der Planung kommunaler Wärmenetze finanzielle Unterstützung bieten.

### **Ein Beitrag zur Sicherheit Deutschlands – Ausbau des Flugplatzes Hohn**

Der Ukraine-Krieg und der damit einhergehende Konflikt mit Russland haben auch zu einer Änderung der Sicherheitspolitischen Lage in Europa geführt. Wir befinden uns als Bundesrepublik Deutschland und EU in einer Bedrohungslage, auf die es Antworten verlangt. Deutschland muss wieder verteidigungsfähig werden, denn nur aus einer Position der Stärke heraus können Frieden und Freiheit gesichert werden. Gerade wir hier in Schleswig-Holstein nehmen mit unserer Lage an der Ostsee eine besondere Rolle zum Schutz des Ostseeraumes ein. Wir als CDU stehen an der Seite unserer Bundeswehr: Für uns ist klar, dass wir unsere Bundeswehr nicht nur personell, sondern auch materiell wieder besser ausstatten müssen. Dazu gehört aber auch, die notwendige Infrastruktur und den Zivilschutz zu erhalten und auszubauen. Der Flugplatz Hohn nimmt eine zentrale Rolle im Bereich der Luftwaffe in Schleswig-Holstein ein. Wir wollen den Flugplatz deshalb nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen. Wir als CDU werden für einen dauerhaften Standort in Hohn / Alt Duvenstedt sorgen. Dabei muss die Kaserne als Standort für das Heimatschutzregiment, die Luftwaffe sowie die Marine ausgebaut werden. Der NATO-Flugplatz wird einer der wichtigsten Standorte der Luftwaffe werden.

### **Mit unseren Zielen fit für die Zukunft**

Mit unserem Positionspapier machen wir deutlich, dass wir als CDU Kreisverband Lösungen für die Probleme und Belange in unserem Kreis bieten wollen. Für uns ist klar, dass wir die Ebenen Kommune, Land und Bund nicht getrennt sehen dürfen, sondern wir auf allen Ebenen Politik für die Menschen vor Ort machen wollen. Das ist es, was uns als Volkspartei auszeichnet.

Wir wollen Politik mit den Menschen vor Ort gestalten, zusammen Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit geben und unser Land durch Vertrauen in unsere Bürgerinnen und Bürger wieder voranbringen. Wir werben mit diesem Programm um Vertrauen in unsere CDU-Politik. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt und eigenverantwortliches Handeln belohnt. Nur so können Aufbruch, Erneuerung und Modernisierung gelingen.